

Protokollauszug

Sitzung des Jugendhilfeausschusses vom 06.05.2025

TOP 8. Weiterentwicklung der sozialräumlichen Jugendhilfe im Landkreis Lüneburg geändert beschlossen 2025/124

Herr Kalisch berichtet als Vertreter der freien Träger, dass es der Wunsch der U-AG Finanzen war, das Gesamtbudget um 1.000.000,00€ zu erhöhen, um für alle Sozialräume das Niveau des Bleckeder Budgets zu erreichen. Eine Abschmelzung des Budgets wird kritisch gesehen.

FDL Frau Benne entgegnet, dass in der letzten U-AG Finanzen am 22.04.2025 eine ausführliche Erläuterung der nicht dem Wunsch der Träger entsprechenden Vorstellung von zwei Beschlussvorlagen durch die EKR Frau Hobro erfolgte. Durch fehlende Haushaltsmittel und nicht erfolgte Schlüsselzuweisungen werde verwaltungsseitig ein Defizitausgleich vorgeschlagen.

Alle Träger können auf das regionale Budget 1 in ihrer Region zugreifen. Die Mittel werden nicht reduziert, aber entsprechend der sozio-ökonomischen Daten verteilt. Der Landkreis schlägt eine Erhöhung um 207.599,00€ vor, was der derzeitigen Haushaltslage zumutbar sei.

Im Weiteren verweist sie auf das folgende regionale Budget 2, was eine Umverteilung der ambulanten Mittel der Hilfen zur Erziehung von 50% in den Sozialraum vorsehe und für die Region 1 (Bleckede, Dahlenburg, Neuhaus und Ostheide) mehr als 500.000€ ausmache.

KTA Frau Mertz befürwortet eine Budgeterhöhung, um die gute Arbeit der Sozialräume nicht zu gefährden. Mit der vorgeschlagenen Erhöhung sind die Budgets für das Jahr 2026 sicher, für die nachfolgenden Jahre zu diskutieren.

SGBM Herr Gärtner wünscht die als Budgetgrundlage abgestimmten und unstrittigen sozio-ökonomischen Daten zur Kenntnis zu erhalten, um sie in den Samtgemeinden/Einheitsgemeinden/der Stadt Bleckede zu diskutieren.

Frau Hobro verweist Herrn Gärtner auf die Diskussion im Jugendhilfeausschuss vom 27.08.2024, in dem diese Daten ausführlich dargestellt wurden. Sie erklärt, dass der Landkreis alleiniger Träger der öffentlichen Jugendhilfe sei und diese Daten mit den Sozialräumen abgestimmt habe mit denen die Jugendhilfe vor Ort erfolge. Dieser Prozess sei abgeschlossen.

Die Datensätze werden umgehend zur Verfügung gestellt.

KTA Frau Tiedemann bittet darum, die Hauptverwaltungsbeamten an der Diskussion zu beteiligen.

Beschluss:

Die Beschlussfassung wird zurückgestellt, die Vorlage wird in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses erneut beraten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei drei Enthaltungen